

Human Rights and Obama's Policies in the Arab World

Carnegie Endowment for International Peace, 30.06.2010

Ein Jahr nachdem Präsident Obama zu einem Neuanfang der amerikanischen Beziehungen mit der muslimischen Welt aufrief, scheint es ungewiss, welche Rolle Menschenrechte in Washingtons politischer Ausrichtung in der arabischen Welt tatsächlich spielen. Während die kürzlich veröffentlichte nationale Sicherheitsstrategie der USA die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten im Ausland als Kernaufgaben ansieht, bleibt die Frage bestehen, wie dies praktisch umgesetzt wird. Ist es für die amerikanische Regierung möglich, strategisch mit den Regierungen dieser arabischen Länder zusammenzuarbeiten und einheitlich die Menschenrechte zu schützen?

Michael Posner, Assistant Secretary of State für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit und Tamara Cofman Wittes, Deputy Assistant Secretary für Near Eastern Affairs, diskutierten die politische Linie der USA in Bezug auf Menschenrechte in arabischen Ländern. Zwei Fürsprecher der arabischen Menschenrechte, Bahey El Din Hassan des Cairo Instituts for Human Rights Studies und Amal Basha des Sisters' Arab Forum for Human Rights in Jemen, stellten die Menschenrechts-Situation dieser Regionen vor. Veranschaulicht wurde dies mit ihren Ansichten zur Wirksamkeit amerikanischer Politik vor Ort. Die Moderation dieser Veranstaltung übernahm Michele Dunne vom ausrichtenden Carnegie Endowment.

Posner betonte zu Beginn, dass das Interesse an diesem Thema auf der ganzen Welt sehr motivierend sei. Dennoch beschrieb er die Situation, der sich die USA in vielen arabischen Ländern stellen müssen, als sehr

kritisch, vor allem in Ägypten. Die bevorstehenden Wahlen in Ägypten würden als Test fungieren, um zu zeigen, wie weit das Land tatsächlich schon sei.

Die Obama-Regierung widme sich in der arabischen Welt vor allem folgenden Aspekten:

Principled engagement: Keine passive, sondern aktive Teilnahme an der weltweiten Diskussion um Menschenrechte. Die Obama-Regierung hätte dies durch ihren Beitritt zum UN Menschenrechtsrat bereits signalisiert.

A standard for human rights: Die Obama-Regierung würde auf ein gemeinsames, universelles Verständnis der Menschenrechte hinarbeiten. Als Beispiel nannte Posner das Interesse der amerikanischen Regierung, Guantanamo zu schließen und ebenso für die Wahrung der Rechte der Inhaftierten einzutreten.

Change from the inside: Laut Posner sei es sehr schwierig bis fast unmöglich, Gesellschaften lediglich durch Einwirkungen von außen zu verändern. Nur ein Wandel aus dem Inneren heraus würde tatsächliche Veränderungen mit sich bringen.

Bei den letzten Wahlen konnte man seiner Meinung nach erkennen, dass Ägypten noch bei weitem nicht alle Standards erfülle. Darum müsse verstärkt für eine freie, politische Meinungsäußerung geworben werden. Auch wenn momentan an einer langfristigen Beziehung mit dem Land gearbeitet wird, sei es kritisch, Ägypten zur Einhaltung der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

JANINA MANGOLD

Juli 2010

www.kasusa.org

www.kas.de

Menschenrechte zu drängen oder sogar zu zwingen.

Tamara Wittes erläuterte, dass eine Regierung stabiler, erfolgreicher und sicherer sei, wenn sie demokratisch geführt werde und Menschenrechte respektiere. Gerade solche Länder seien bessere und interessantere Partner für die USA. In Jemen verfolge man beispielsweise eine Strategie aus politischer Versöhnung und Sicherheit für die Region und ihre Bewohner. Auf diplomatischer Ebene müsse man mit der Regierung Jemens zusammenarbeiten, um den politischen Dialog zu fördern. Auf Seiten der zivilen Gesellschaft sei es wichtig, die Regierung im Zweifelsfall zur Verantwortung ziehen zu können. Außerdem hätten die USA eine gute Beziehung zur Regierung Ägyptens aufgebaut und auch zur dortigen Bevölkerung – diese starke Verbindung gelte es zu erhalten. Dennoch stimmte sie ihrem Vorredner zu und betonte, dass die anstehenden Wahlen ein entscheidender Moment für Ägypten seien. Diese Wahlen seien eine Chance für die dortige Regierung, sämtliche Zweifel auszuräumen. Auffallend sei in dieser Region allerdings nicht die ökonomische oder politische Lage, sondern die Demographie. Die große Anzahl an jungen Leuten hätte einen starken Einfluss auf die Region. Gerade deshalb wolle man eine Art Partnerschaft mit der neuen Generation des Landes aufbauen.

Bahey El Din Hassan erinnerte an Präsident Obamas Rede in Kairo Anfang Juni 2009 und wies daraufhin, dass es noch einige Bereiche gebe, in denen die USA in diesem Jahr noch keinen Fortschritt erzielt hätten. Hassan führte beispielsweise amerikanische, politische Leitlinien an, die deutlich Obamas Forderung nach Meinungsfreiheit, Einhaltung der Rechtsgrundsätze und Transparenz widersprächen. Dennoch gäbe es einige Aspekte, die die Stärkung der Freiheit bisher erschweren würden. Hierbei

führte er beispielsweise die amerikanische Unterstützung der Regierung Jemens an.

Amal Basha berichtete, dass ihre Heimat Jemen früher nicht sonderlich bekannt gewesen sei. Inzwischen sei Jemen aber für viele Menschen fast zu einem Synonym für ein *terroristisches Land* geworden und der *Hauptstadt* von Al-Qaida. Dort könne sich nicht viel im Bereich der Bildung, dem Gesundheitswesen und der Wasserversorgung entwickeln, da alles zerstört werde. Die ganze Region sei kein guter Rahmen für das Thema Menschenrechte. Auch Themen wie die Verheiratung von Kindern im Alter von neun oder zehn Jahren müssten dringend von der Regierung angegangen werden. Die Nichteinhaltung der Menschenrechte existiere definitiv in der ganzen Region. Auch Frauen würden dort noch immer als Minderheiten gesehen und dementsprechend behandelt.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich abschließend einig, dass eine nachhaltige Förderung des amerikanisch-arabischen Dialogs essenziell für die Zukunft beider Regionen sei.